

ichten Leserbriefe brauchen nicht die Ansicht der ben. Anonyme Zuschriften können grundsätzlich erden. Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

kreisen und dem Springer-Verlag betrifft jeden Bürger, also auch mich persönlich. Die politische Kultur wird durch die kriminellen Machenschaften der symbiotisch wirkenden Kräfte von Staat, Teilen der Wirtschaft und bestimmten Medien deformiert.

Als Bürger dieses Landes fordere ich die verantwortungsvoll Gebliebenen oder Gewordenen dazu auf, diese Machenschaften rückhaltlos aufzuklären und den notwendigen inhaltlichen und personellen Neuanfang schleunigst zu beginnen.

Peter Spott; Flensburg

## Grundrechte mit Füßen getreten

Zu ihrer Meldung „Ermittlungen gegen Barschels Entlastungszeugen“ vom 12. November 1987: Sie schreiben: „Im Mittelpunkt standen dabei Angaben des verstorbenen Regierungchefs in den von ihm vorgelegten eidesstattlichen Erklärungen anlässlich der sogenannten ‚Ehrenwort-Presskonferenz‘... Das Telefonat wurde vom Autotelefon aus Barschels Dienstwagen geführt, es dauerte — nach Aufzeichnungen der Post — 94 Sekunden und begann an jenem Abend um 20.07 Uhr... Außerdem, so teilte Klingner mit, ist an jenem Abend aus dem Auto Barschels nur dieses eine Telefonat registriert worden. Ein Gespräch zu Barschels Möllner Haus, in dem der Regierungschef angeblich mit seiner Frau telefonierte hatte, wurde nicht registriert.“

Mit diesen wenigen Worten wurde die tatsächliche Verfassungssituation des Landes deutlich. Das Fernmeldegeheimnis umfaßt bekanntlich nicht nur den Inhalt, sondern auch die Tatsache bzw. Nichttatsache der Übermittlung, technische Einzelheiten, z. B. zum Zweck der Gebührenerfassung von amtswegen aufgezeichnet, dürfen anderen nicht zugänglich gemacht werden.

Die Bundesregierung mit Hilfe ihrer Bundespost bricht das grundgesetzlich geschützte Fernmeldegeheimnis und das — unfassbar — im Nachhinein! (Der tragisch Verstorbene kann sich nicht mehr wehren.) Der Generalstaatsanwalt des Staates Schleswig-Holstein, anstatt dieses zu ahnden, leistet Beihilfe, indem er das zu schützende Rechtsgut der Öffent-

## Aufklärung wirklich ernstgemeint?

Gespannt wartete ich auf das vielbeschworene „Ausmisten des Saustalls“ und den Neubeginn auf dem Landesparteitag der CDU. Nach Presseberichten gab es viele hehre Worte „Rückhaltlose Aufklärung sei gefordert“ u. ä. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, denn gleichzeitig mußte der Mann, der sich daran versuchte, aus dem Untersuchungsausschuß ausscheiden und sich herbe Kritik anhören. Seine Wahl in den Landesvorstand erfüllt für mich nur allzu deutlich eine Feigenblattfunktion.

In meiner Skepsis bestätigt fühle ich mich auch durch die Äußerung des CDU-Bundestagsabgeordneten von Schmude, der lt. FT vom 9. 11. 87 riet, beim Aufklären „die Meßlatte nicht so hoch zu legen... und die SPD nicht zu spät mit hineinzuziehen“. (Diesem Ansinnen

dient wohl auch die BILD-Zeitung der letzten Wochen.) Den hehren Worten widerspricht ebenso die Tatsache, daß man jedem Beteiligten seine Rolle in diesem Schmutzstück erst nachweisen muß, bevor Konsequenzen gezogen werden. Viele halten diese Vorgänge scheinbar für normal.

Nicht nur das finde ich erschreckend, sondern auch, daß es offenbar noch viele CDU-Mitglieder und -Anhänger nicht stört, daß solche „Pfeiffereien“ aus der Staatskanzlei, also auf Steuerzahlers Kosten, stattfinden, sondern nur, daß Pfeifer „gepiffen“ hat.

Der enge Umgang, den nicht nur der ehemalige Ministerpräsident mit den Herren des Springer-Verlages pflegte, hat wohl auf die Politik abgefärbt. Besonders aufschlußreich finde ich in diesem Zusammenhang die Äußerung des ehemaligen Pressesprechers Behnke, eine Empfehlung des Hauses Springer sei für ihn mehr wert als zehn Referenzen. Für eine Politik auf BILD-Niveau sollte sich aber gerade eine Partei mit dem C im Namen zu schade sein, auch sollte sie es nicht nötig haben, die Hilfsdienste der Springer-Presse gegen den politischen Gegner in Anspruch zu nehmen.

1961 schrieb der spätere FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach über die CDU-Politik: „Die drei Wurzeln der CDU-Herrschaft sind die inneren Feinde der Freiheit. Die CDU betrachtet den Staat mit fröhlicher Unbekümmertheit als ihre Beute. Ihre Parolen haben uns politisch faul und geistig träge gemacht.“

Es stimmt mich traurig, daß ich dieses Urteil, auch angesichts der Politik der letzten Jahre in Bonn, bestätigen muß.

Karin Neumann; Handewitt

## Im Gegenteil

Herr Wilhelm Grützmaker, Langballig, weist in seinem Leserbrief zum Fall Barschel auf mögliche Wesensänderungen und Gedächtnislücken als Folge des Flugzeugunglücks hin. Eine solche vermutete Persönlichkeitsveränderung würde z. B. bedeuten, daß Barschel nach dem Unfall plötzlich die gegen Engholm und andere eingeleiteten bzw. durchgeführten Machenschaften mißbilligt oder verhindern hätte. Davon ist nichts bekannt geworden. Im Gegenteil, er scheint sich in dieser Hinsicht selbst treu geblieben zu sein. Was die Gedächtnislücken betrifft, so bedarf es hierzu keines Unfalls, wie das Beispiel Helmut Kohl und anderer im Flick-Spenden-Skandal zeigt.

Roland Reiss; Flensburg

lichkeit preisgibt. Der Repräsentant des Verfassungsorgans Landtag rügt diese menschenrechtswidrigen Taten nicht sofort auf das schärfste, sondern nimmt sie zur weiteren Grundlage der Aufklärung der größten Staatsaffäre der Bundesrepublik.

Die Hemmungslosigkeit, mit der hier Grundrechte mit Füßen getreten werden, läßt Böses für die Zukunft ahnen. Noch vor wenigen Wochen wurde dem Ministerpräsidenten Dr. Uwe Barschel alles geglaubt und abgenommen, nur weil er die Obrigkeit verkörperte. Nachdem die Wahl für die staatstragende Partei CDU verloren war, setzte ein enormer Druck auf Dr. Uwe Barschel ein, um die unbefleckte Obrigkeit von Gottes Gnaden (siehe Neues Testament Römer 13, 1—7) vor jeglicher Kritik zu schützen. Diesem Anspruch kann kein Mensch gerecht werden.

Wenn es dem Untersuchungsausschuß nicht um die Aufdeckung der Fehlbarkeit des Menschen Uwe Barschel geht, sondern um die dahinter liegenden schwerwiegenden strukturpolitischen Probleme, dann darf er sich auf keinen Fall der Formen der überwunden geglaubten Geisteslandschaften der menschenverachtenden NS-Regimes bedienen. Ein „Neubeginn“ dieser Art tarnt die gravierenden Mißstände, schützt die Hintermänner und deren mächtige Institutionen und hat verheerende Folgen für die ohnedies arg ramponierte politische Kultur unseres Gemeinwesens.

Ulrich Jochimsen; Flensburg